

150 JAHRE § 218

Abschlussklärung “150 Jahre § 218 Strafgesetzbuch“

Der Abbruch einer Schwangerschaft – eine Erfahrung im Leben vieler Menschen– ist in Deutschland seit 150 Jahren eine Straftat. Am 27. und 28. August 2021 fand in Berlin und online dazu der Fachkongress „150 Jahre 218 StGB“ statt. Expert*innen, Politiker*innen, Aktivist*innen und Betroffene setzten sich kritisch mit der Kriminalisierung durch § 218 auseinander. Aus sozialwissenschaftlicher, juristischer, historischer, medizinischer, psychotherapeutischer, politischer und der Erfahrungs-Perspektive beleuchteten sie in Vorträgen und Workshops, wie der § 218 entstanden ist und welche Folgen die Kriminalisierung der betroffenen Frauen* und Ärzt*innen hat.

Die Fachbeiträge und Diskussionen zeigten: Die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs gefährdet – damals wie heute- die Gesundheit von ungewollt Schwangeren in Deutschland. Sie steht einer angemessenen Gesundheitsversorgung im Wege und verhindert die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung gebärfähiger Menschen. Die strafrechtliche Regelung ist eine der Ursachen dafür, dass in vielen Regionen Deutschlands erhebliche Versorgungslücken bestehen. Das Strafrecht erschwert die Professionalisierung der medizinischen Aus- und Weiterbildung zum Schwangerschaftsabbruch und setzt Ärzt*innen unter Druck. Die strafrechtliche Regelung verhindert die Kostenübernahme durch die Krankenkassen. International beweisen Länder wie Irland, Kanada und Neuseeland, dass es möglich ist, einen gewünschten Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches zu regeln. Im historischen Rückblick zeigt die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in der DDR eine weitere Alternative für das Recht auf Zugang zum sicheren Schwangerschaftsabbruch auf.

Auf internationaler Ebene wird seit Jahren gefordert, dass reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte respektiert und verwirklicht werden. Der Ausschuss für die UN-Frauenrechtskonvention fordert Deutschland auf, die Pflichtberatung und die Wartefrist abzuschaffen und den Schwangerschaftsabbruch als Krankenkassenleistung anzuerkennen. Der UN-Sozialpakt-Ausschuss hat eine umfassende Erklärung zum Menschenrecht auf reproduktive Gesundheit veröffentlicht, welche den Zugang zu sicheren und bezahlbaren Verhütungsmitteln, zu legalem und gesundem Schwangerschaftsabbruch, zur Nachsorge, aber auch zu entsprechenden Informationen und Diensten sowie notwendige Rahmenbedingungen für diverse Formen der Familienplanung umfasst.

150 JAHRE § 218

Es ist überfällig, dass in Deutschland, über Parteigrenzen hinweg, eine moderne, umfassende gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzes in Angriff genommen wird. Diese muss sich an den gesundheitlichen Belangen und der Selbstbestimmung von schwangeren Personen in ihren vielfältigen Lebensrealitäten orientieren und internationale Menschenrechtsnormen respektieren.

Gleichzeitig ist eine bundesweite öffentliche Auseinandersetzung mit den praktischen Folgen der Kriminalisierung für die Gesundheitsversorgung Schwangerer umgehend geboten. Auf Länderebene und mit Unterstützung der Bundesregierung muss zeitnah ein konkreter Maßnahmenkatalog entwickelt werden, wie Versorgungslücken im Bereich des Schwangerschaftsabbruchs zu beheben sind.

Als Expert*innen und Aktivist*innen, als Betroffene und als Gesellschaft können wir nicht länger hinnehmen, dass die Versorgung zum Schwangerschaftsabbruch und die Erfahrung von Menschen, die eine Schwangerschaft abbrechen, von Kriminalisierung und Stigma belastet sind.

Erstunterzeichner*innen

- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
- Arbeitskreis Frauengesundheit e.V.
- Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
- Doctors for Choice Germany e.V.
- Prof. Dr. Ulrike Lembke, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien, Humboldt-Universität zu Berlin
- Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.
- Institut für Angewandte Sexualwissenschaft, Hochschule Merseburg
- Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit
- pro familia Bundesverband e.V.
- Public Health Zentrum Fulda

150 JAHRE § 218

Weitere Unterzeichner*innen

- AKGG Beratungszentrum
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Gießen
- ASF Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (SPD-Frauen)
- Asf Bremen Nord
- Autonomes Feministisches Kollektiv
- AWO- Beratungsstelle für Schwangerschafts- und Familienfragen, AWO Rhein-Erft & Euskirchen e.V.
- AWO Beratungsstelle Schwangerschaft und Familienplanung OWL in Minden-Lübbecke
- AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.
- AWO Landesverband Sachsen e.V.
- AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
- AWO Reutlingen
- AWO Schwangerschaftsberatungsstelle Halle
- AWO-Beratungsstelle für Schwangerschaftsprobleme, Partner- und Familienfragen Bonn
- Beratungsstelle Erwerblosen Frauen* Dresden
- Beratungsstelle für natürliche Geburt und Elternsein e.V.
- Berufsverband für Heilpraktikerinnen LACHESIS
- Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF)
- Bundesverband der Frauengesundheitszentren e. V.
- Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Flensburg
- Büro für Frauen und Gleichberechtigung Stadt Gießen
- Care Revolution
- DaMigra e.V. - der Dachverband der Migrantinnenorganisationen
- Der PARITÄTISCHE Landesverband Baden-Württemberg
- Der Paritätische Landesverband Thüringen E.V.
- Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Frauenheilkunde und Geburtshilfe e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V. (DGVT)
- Deutscher Ärztinnenbund e.V.
- Deutscher Frauenring e.V.
- Deutscher Hebammenverband e. V.
- DGB Bundesvorstand
- Dziewuchy Berlin

150 JAHRE § 218

- Fachstelle Pränataldiagnostik c/o Beratungsstelle für Natürliche Geburt e.V.
- Familien- und Quartierszentrum Neue Vahr Nord e.V.
- Familienplanungszentrum BALANCE
- feminist*dialogues
- Feministischer Verein zur Förderung der Frauen*gesundheit und ganzheitlichen Naturheilkunde -Lachesis e.V.
- Feministisches FrauenGesundheitsZentrum Berlin e.V. (FFGZ)
- FMGZ_Frauen & Mädchen Gesundheitszentrum Nürnberg e.V
- Frauen streiten für ihr Recht e.V.
- Frauen- und Mädchengesundheitszentrum MEDEA e.V.
- Frauen*bildungszentrum Dresden
- Frauenberatung Verden
- FrauenBildungsHaus Dresden e.V.
- Frauengesundheit in Tenever
- FrauengesundheitsZentrum e.V. in Frankfurt
- Frauenhaus Flensburg
- Fraueninformationszentrum des Mannheimer Frauenhaus e. V.
- Frauenverband Courage e.V.
- Frauenwerk der Nordkirche
- Giordano-Bruno-Stiftung Karlsruhe e. V.
- Genderkompetenzzentrum Sachsen
- Gen-ethisches Netzwerk e.V. (GeN)
- Giordano-Bruno-Stiftung
- Gleichstellungsstelle Landkreis Oberallgäu
- Gunda Werner Institut
- Hebammenverband Hamburg
- Kaktus - Grüne Jugend Münster
- Koordinierungsstelle der nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt
- KORSO Koordinierungsrat säkularer Organisationen
- Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten der Berlin Bezirke
- Landesfrauenrat Berlin
- Landesfrauenrat Bremen - Bremer Frauenausschuss e. V.

150 JAHRE § 218

- Landesfrauenrat Hamburg e.V.
- Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern
- Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.
- LiN-Lesbisch* in Niedersachsen
- mitmission e. V.
- Mütterforum Baden-Württemberg e.V.
- Netzwerk Frauen / Mädchen und Gesundheit Niedersachsen
- Netzwerk Frauengesundheit Berlin
- Omas gegen Rechts Deutschland e.V
- Omas gegen Rechts Gießen
- Pinkstinks Germany e.V.
- Pro Choice Austria - Plattform für freien Schwangerschaftsabbruch
- Pro Choice Deutschland e.V.
- pro familia Baden-Württemberg e.V.
- pro familia Beratungsstelle Hannover
- pro familia Bezirksverband Darmstadt/Bensheim
- pro familia Dietzenbach / Kreisverband Offenbach e.V.
- pro familia Heidelberg e.V.
- pro familia Karlsruhe
- pro familia Köln Zentrum
- pro familia Landesverband Bayern e.V.
- pro familia Landesverband Berlin e.V.
- pro familia Landesverband Hamburg e.V.
- pro familia Landesverband Hessen e.V.
- pro familia Landesverband Rheinland-Pfalz
- pro familia Landesverband Sachsen e.V.
- pro familia Niedersachsen e.V.
- pro familia NRW e.V.
- pro familia Offenbach am Main
- pro familia Ortsverband Bielefeld e.V.
- pro familia Pforzheim e.V.
- pro familia Ludwigsburg
- Ragazza e.V.

150 JAHRE § 218

- Runder Tisch Frauengesundheit in der Region Hannover
- Stiftung Frauenleben in Köln
- TERRE DES FEMMES e.V.
- Überparteiliche Fraueninitiative Berlin e.V.
- UN Women Deutschland e.V.
- Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
- Wir Frauen - das feministische Blatt
- Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser
- Zentrum für sexuelle Gesundheit Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf
- Zukunftsforum Familie e.V.

Darüber hinaus haben inzwischen über 600 Einzelpersonen die Abschlusserklärung unterzeichnet.

Berlin, den 15.10.2021